

Montag, 14. Januar 2008

Neujahrsempfang der SPD Mülheim an der Ruhr

Redetext des Vorsitzenden Frank Esser

Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist bis Montag, 14.01.08, 18:00 Uhr

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Sozialdemokratischen Partei in Mülheim an der Ruhr und im Namen unseres Fraktionsvorsitzenden Dieter Wiechering begrüße ich Sie herzlich zu dem Neujahrsempfang hier in unserer schönen Stadthalle.

Ich freue mich darüber, dass Sie sich alle haben einladen lassen, an diesem – nach über 30 Jahren - ja doch traditionellen Neujahrsempfang teilzunehmen.

Nach vielerlei Ortswechsel quer durch unsere Stadt, heute wieder an einem zentralen Ort, und ich gehe davon aus, dass dieser zentrale Ort mit seinen guten Anreise- und Parkmöglichkeiten auch der Ort der nächsten Empfänge sein wird.

Es ist schön, dass Sie sich alle haben einladen lassen. Wir sind hier alle zusammen aus Mülheim an der Ruhr, unserer Stadt, verbunden durch die verschiedensten Bereiche.

Wir sind hier zusammen aus Politik, aus der Wirtschaft, aus den Gewerkschaften, aus der Verwaltung der Stadt, aus den Kirchen, aus den Verbänden, aus der Kultur, dem Sport und den Initiativen.

Stellvertretend möchte ich einige Damen und Herren persönlich begrüßen. Zunächst begrüße ich:

Auflistung Ehrengäste

Alle, die hier versammelt sind, ein, dass wir in den verschiedensten Bereichen für Menschen in unserer Stadt aktiv und tätig sind, Jede und Jeder an seinem Platz, an seinem Ort, mit seinen eigenen Fähigkeiten und Einstellungen.

Mülheim an der Ruhr, ich sage nichts Neues: In diesem Jahr feiern wir das 200 jährige Stadtjubiläum dieser *kleineren* Großstadt in der Metropolregion Ruhr und mit dem Fluss, der durch sie fließt und der Region den Namen gab.

200 Jahre Stadtgeschichte auf die in diesem Jahr zurück geblickt wird. Und ein erheblicher Teil dieser Stadtgeschichte ist zugleich die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei in Mülheim an der Ruhr.

Die SPD, sie wurde in Mülheim in den 80er-Jahren des 19. Jahrhunderts gegründet. Zwei Weltkriege überlebte diese SPD und konstituierte sich nach der Zerschlagung durch Nazideutschland 1948 neu.

Dieses wiederum sind auch 60 Jahre Sozialdemokratische Partei in Mülheim.

Und in diesen Jahren hat die SPD die Verantwortung in Mülheim an der Ruhr getragen. Sie stellte insgesamt 5 sozialdemokratische Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, die für insgesamt 50 Jahre die führende Verantwortung und führende Rolle inne hatten.

Die SPD Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister:

- Heinrich Thöne, Heinz Hager, Dieter aus dem Siepen, Eleonore Güllenstern und Dagmar Mühlenfeld -
die gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei eine verlässlich tragende Säule in Mülheim an der Ruhr waren und sind, mit Herz und Verstand.

Auch heute lenkt eine sozialdemokratische Oberbürgermeisterin die Geschicke unserer Stadt: Dagmar Mühlenfeld. Und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz auf das, was unsere Oberbürgermeisterin für diese Stadt leistet.

Wir sind stolz darauf, sie an der Spitze zu haben. Sie hat mit Zielstrebigkeit, großem Engagement Sympathie gewonnen und sich einen guten Namen in dieser Stadt erworben. Sie trägt entscheidend dazu bei, dass diese Stadt lebenswert ist und bleibt.

An den Baustellen in dieser Stadt können Sie erkennen, dass unsere Oberbürgermeisterin das Ruhrbaniakonzept nach vorne bringt und Ruhrbania auch verwirklichen wird, gegen alle Widerstände, gegen alle Unkenrufe - und darauf sind wir stolz.

Ich bin als Parteivorsitzender froh darüber, dass wir mit Dagmar Mühlenfeld eine solche Persönlichkeit an der Spitze haben, die die Geschicke der Stadt lenkt.

Sie setzt damit die sozialdemokratische Verlässlichkeit in unserer Stadt fort.

Sozialdemokratische Verlässlichkeit:
Partei, Oberbürgermeisterin und Fraktion.

Alle Ebenen stehen für diese Verlässlichkeit.

An der Spitze der Fraktion: der erfahrene Fraktionsvorsitzenden Dieter Wiechering. Ein Fahrersmann, der durch alle Wetter gegangen ist, der alle Untiefen kennt.

Natürlich, die SPD ist keine Sozialistische Einheitspartei, in der nichts miteinander zu diskutieren und abzustimmen wäre. Im Gegenteil: Wir streiten um die richtige Lösung. Öffentlich. Das ist gut so.

Jedoch letztendlich stehen die Spitzen in unserer Partei stets für die Verlässlichkeit und für das Wohl der Menschen in unserer Stadt. Und dies ist auch bitter nötig, geht es doch um viele Fragen und viele Probleme, die miteinander zu klären und zu behandeln sind.

Anrede

Der Aufschwung, er ist immer noch da. Doch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die diesen Aufschwung durch Lohnverzicht und Mehrarbeit erst möglich machten, haben bisher von diesem Aufschwung viel zu wenig gehabt.

Seit dem Amtsantritt der großen Koalition sind die Arbeitnehmereinkommen real um 0,4% gesunken. Gegenüber 1991 ergibt sich nach Abzug der Preissteigerungsrate sogar ein Einkommensverlust von 4%.

Die Lohnquote ist auf einen historischen Tiefstand gesunken. In der Übersetzung heißt das, dass Deutschlands Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwar für den Wohlstand gesorgt haben, aber nicht für ihren eigenen, sondern für den von anderen.

Kein Wunder also, dass heute nur noch eine kleine Minderheit glaubt, dass es in unserer Republik gerecht zugeht. Gerechtigkeit – ein Begriff, der in Deutschland zwar aus der Mode war, jetzt jedoch mit Wucht in unsere gesellschaftliche Debatte zurückkehrt:

Wie kommt es, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit nicht mehr leben können?

Wieso zählt ein reiches Land 2,5 Mio. arme Kinder?

Warum explodieren oben die Einkommen, während sie unten und in der Mitte stagnieren oder sinken?

Diese Situation kann uns alle nicht zufrieden stellen.

In Deutschland herrscht eine stille Wut, und wir alle haben sie ernst zu nehmen.

Wir Sozialdemokraten greifen diese Situation auf. Wir werden uns mit dieser Situation nicht zufrieden geben, sondern werden gemeinsam mit den Gewerkschaften und Menschen guten Willens dafür eintreten, dass diese Gerechtigkeitslücke wieder geschlossen wird.

Wir brauchen dazu den flächendeckenden Mindestlohn und zwar dringend.

Ein Mensch muss in der Lage sein, von seiner eigenen Hände Arbeit leben zu können.

Ein Mensch, der bereit ist, in dieser Gesellschaft 8 Stunden und mehr zu arbeiten, häufig viel mehr, muss in der Lage sein, seinen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt seiner Familie von diesem Einkommen bestreiten zu können.

Es kann doch nicht sein, dass wir in zunehmenden Maße Menschen mit Beschäftigungsverhältnissen haben, deren Lebensunterhalt nur mit staatlichen Zuschüssen aus dem Arbeitslosengeld bestritten werden kann.

Es darf nicht sein, dass unsere Gesellschaft in Deutschland Unternehmen unterstützt, die ihre Gewinne maximieren, währenddessen gleichzeitig Steuern dazu verwandt werden müssen, um die Lohnkosten zu subventionieren.

Nein, ein Mensch muss von seiner eigenen Hände Arbeit leben können.

Durch diesen Anspruch befinden wir uns nun nicht an der Spitze neu entdeckter sozialistischer Forderungen. Zahlreiche andere Staaten, wie Großbritannien und die USA haben längst einen flächendeckenden Mindestlohn. Und ich glaube insbesondere die USA ist nicht des Sozialismus´ verdächtig.

Der Mensch ist darauf angewiesen, von seiner Arbeit zu leben, und sein Lohn muß mindestens so hoch sein, dass er davon existieren kann. Das schrieb bereits Adam Smith, der Vater der Kapitalismustheorie, im Jahr 1776.

In der Europäischen Union haben neben uns nur wenige Staaten keinen Mindestlohn. Vergleichbare europäische Staaten haben sogar deutlich höhere Mindestlöhne als der mit 7,50 Euro von den deutschen Gewerkschaften geforderte.

Ein Mindestlohn macht nicht nur aus sozialen Begründungen Sinn, sondern er ist auch für die ökonomische Entwicklung dringend notwendig.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Aufschwung, er ist immer noch da, auch in Mülheim an der Ruhr floriert die Wirtschaft.

Diese positive Entwicklung wird gerade von vielen innovativen und fleißigen mittelständischen Unternehmen, neben den großen in der Stadt, getragen. Auch in Mülheim an der Ruhr sorgt die positive Wirtschaftsentwicklung für ein Mehr an Beschäftigung und endlich auch für eine Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Leider gibt es noch keine nennenswerten positiven Effekte für die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Aber immerhin, positive Wirtschaftsentwicklung und ein Mehr an Beschäftigung.

Anrede

Es wird Sie nicht überraschen, dass die Position der SPD zum Thema Flughafen, aber auch zum Baumarkt in Styrum unverändert ist. Ich möchte diese Themen hier nicht weiter ausführen, aber zum Ausdruck bringen, dass wir hoffen, insbesondere beim letztgenannten, zu mehr Bewegung zu kommen. Nicht zuletzt im Interesse und zur Verstärkung des wirtschaftlichen Aufschwunges in einzelnen Stadtteilen, wie bei dem Baumarkt in Styrum.

Besonders im Bereich der Bauwirtschaft werden durch den Bau der Ruhrpromenade, die Sanierung und Modernisierung des Rathauses, die dringend notwendig ist, sowie andere städtebauliche Projekte umfangreiche Investitionen in unserer Stadt ausgelöst.

Wünschenswert wäre es bei diesen Investitionen natürlich, mehr Regelung zu finden und danach zu streben, dass die öffentlichen Investitionen viel mehr als bisher den Handwerksunternehmen und Betrieben zugute kommen, die in Mülheim und in der Region ansässig sind. Dass wir damit hier ansässige

Unternehmen unterstützen, Arbeitsplätze zu sichern und weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

Zur Stabilisierung der ökonomischen Entwicklung ist ein gut funktionierender Wirtschaftskreislauf auf der kommunalen Ebene äußerst wünschenswert.

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit einigen Jahren haben wir mit dem Haus der Wirtschaft ein Gründungszentrum in Mülheim an der Ruhr, das sich prächtig entwickelt hat.

Die Entwicklung zeigt positive Resultate. Der vorgesehene Mix zwischen Unternehmen, die schon länger am Markt sind, neuen Start-ups und Jungunternehmen hat sich bestätigt und bewährt. Hierbei handelt es sich bislang um Dienstleistungsunternehmen und um solche in deren Umfeld.

Was uns aber bislang fehlt sind vergleichbare Projekte für Handwerksunternehmen. Es ist eine Überlegung wert, ein Gründerzentrum für das Handwerk zu schaffen. Über Handwerkerhöfe und Ähnliches haben wir an anderer Stelle schon häufig miteinander gesprochen und diskutiert, aber bisher noch nicht mit dem nötigen Engagement angepackt.

Ich denke, es ist aller Mühe wert, sich in den nächsten Monaten intensiver mit diesem Thema zu beschäftigen, und ich lade alle herzlich ein, daran mitzutun.

Eine Weiterentwicklung im handwerklichen Bereich schafft im Übrigen neben zusätzlichen neuen Arbeitsplätzen, dringend benötigte Ausbildungsplätze und Ausbildungsangebote für junge Menschen in unserer Stadt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der neueste Sozialbericht für Nordrhein - Westfalen zeigt, dass im Frühjahr 2007 2,5 Mio. Menschen in einkommensarmen Verhältnissen leben, das ist fast jede 7. Person.

720.000 erwachsene Menschen in NRW sind überschuldet. Kinder und Jugendliche tragen ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Fast jedes 4. Kind im Alter von unter 18 Jahren lebt in einem einkommensarmen Haushalt, insbesondere Alleinerziehende und ihre Kinder, sowie Personen aus kinderreichen Familien leben unter einem stark überdurchschnittlichen Armutsrisiko.

Diese Entwicklung ist auch an Mülheim an der Ruhr nicht vorbei gegangen. Auch in Mülheim an der Ruhr finden sich ähnliche Fälle, wie sie im vergangenen Jahr in erschütternder Weise an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Auch in Mülheim an der Ruhr finden sich Familien mit Kindern wieder, in denen die Kinder in erschreckenden Verhältnissen leben.

Wie den 38 jährigen Vater, Sonderschule abgebrochen, ehemals drogenabhängig, Mutter 35 Jahre, ohne Schulabschluss mit Kindern, 4 und 5 Jahre alt, chaotische Wohnverhältnisse. Eine Kellerwohnung, Fenster gibt es

nur im Wohn- und Kinderzimmer, die Kinder haben keine eigenen Betten, alle 4 schlafen zusammen im Ehebett.

Oder der 36 jährige straffällig gewordene Buchhalter, sehr aggressiv, Mutter 33 Jahre alt mit Sprachproblemen, zwei Kinder im Alter von 2 und 4 Jahren, Dachgeschosswohnung, keine Betten für die Kinder, insgesamt hoch verschuldet.

Oder Vater 22 und Mutter 25 Jahre alt, 3 Kinder: 7,3 und 2 Jahre alt, beide Eltern mit Drogenkontakt, Vater extrem gewalttätig.

Die Beispiele sind anonymisiert, aber nicht erfunden.

Mülheim an der Ruhr, das beschauliche Fleckchen im Ruhrgebiet und doch ähnliche Situationen wie in anderen Großstädten der Republik.

Deshalb plädiere ich dafür, erheblich mehr Geld in medizinische und pädagogische Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder zu investieren, statt das Kindergeld weiter zu erhöhen oder ein Betreuungsgeld für häusliche Kindererziehung zu zahlen.

Nicht nur die aufrüttelnden Berichte über die Vernachlässigungen oder Misshandlungen von Kindern wecken Zweifel, dass direkt an Familien ausgezahlte Gelder immer zum Wohl und zur Förderung der Kinder eingesetzt werden.

Auch in unserer Stadt braucht es gut ausgestattete Familienzentren. Wir brauchen gute Kindertagesstätten und Schulen, die die leider vorhandenen Versorgungs- und Bildungsdefizite ausgleichen müssen.

Wir werden dafür sorgen, dass die Schnittstellen der Bildungseinrichtungen sich verzahnen. Hand in Hand für den jungen Menschen da sind. Bildungslücken werden so geschlossen.

Wir brauchen dafür gute Konzepte, gut ausgebildetes Personal und wir brauchen dafür Geld.

Wer sehen will, wie die Gesichter von Armut in Mülheim aussehen, soll einmal zur Mülheimer Tafel in der Georgstraße gehen, die täglich an die 600 Menschen mit Lebensmitteln versorgt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin fest davon überzeugt, dass sich jede Gesellschaft daran wird messen lassen müssen, wie sie mit ihren schwächsten Gliedern umgeht und was sie für diese tut.

Wir sind aufgerufen, die erschreckende Situation von Kindern auch in unserer Stadt wahrzunehmen und gemeinsam zu beseitigen.

Aber eines, sehr geehrte Damen und Herren, ist dabei m. E. unbedingt zu berücksichtigen.

Moderne, soziale Politik muss auch Bildungspolitik beinhalten und zwar mit Priorität.

Gerade, wenn es um die Zukunftschancen von Kindern geht.

Doch die heutige Situation ist alles andere als zufriedenstellend.

Viel zu große Klassen, unzureichende Betreuung, zu wenig gut qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer, viel zu viele Schulabgänger ohne Abschluss.

Eine unerträgliche Abhängigkeit der Abschlüsse von der sozialen Herkunft.

Unzureichende und schlechte Vorbereitungen zum beruflichen Übergang spiegeln eine Situation wider, die die dringende Reformbedürftigkeit unseres Schulsystems deutlich macht.

Wir brauchen, meine Damen und Herren, beste Bildung für alle. Und deshalb sage ich entschieden: Wir brauchen die Gemeinschaftsschule, die allen Kindern beste Bildungschancen bietet. Die Gemeinschaftsschule ist gerecht und stark, sie fördert Leistung und fördert Begabung. Sie ist vielseitig. Sie stellt eine ganztägige Betreuung der Kinder sicher und wird sich gut entwickeln können.

Die Gemeinschaftsschule ermöglicht ein längeres gemeinsames Lernen. Sie legt somit Bildungswege für Kinder nicht schon mit 10 Jahren fest, sondern erst wenn die Jugendlichen reif dazu sind.

Und eine neue Landesregierung unter der Führung von Hannelore Kraft wird sich dabei nicht aus der Verantwortung stellen, wie das unter der derzeitigen Landesregierung unter CDU und FDP passiert.

Durch die Gemeinschaftsschule wird auch das Problem gelöst, das wir in vielen Bereichen der Großstädte viel zu große Klassen haben und in den dünner besiedelten Bereichen NRW vergleichsweise kleine. Dafür aber dort vor der Situation stehen, dass gar keine weiterführende Schule mehr in erreichbarer Nähe vorgehalten werden kann.

Das kann nicht in unserem Interesse sein. Sondern in unserem Interesse sollte sein, dass an allen Orten des Landes Kinder entsprechend ihrer Begabungen und ihrer Eignungen gefördert werden können und an den für sie bestmöglichen Schulabschluss herangeführt werden.

Aber eines muss uns bei allem völlig klar sein. Bei allem. Unabhängig für welches Schulsystem wir eintreten, unabhängig davon welches Schulsystem wir als sinnvoll erachten.

Wir werden in Zukunft mehr Geld, viel mehr Geld und Ressourcen, viel mehr Geld in Bildung zu investieren haben.

Es geht kein Weg daran vorbei, egal wie effektiv wir unser Schulsystem gestalten, wenn wir nicht ausreichende Mittel investieren, investieren wir nicht in unsere Kinder und damit nicht in unsere Zukunft.

Wie man das tun kann zeigt das Vorhaben unserer Oberbürgermeisterin mit der Zukunftsschule für Mülheim an der Ruhr. In Eppinghofen wird sie Realität werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, bedauerlicherweise haben wir alle zur Kenntnis nehmen müssen, was sich anlässlich der Stadtmeisterschaften im Fußball am vorvergangenen Sonntag in der RWE Rhein-Ruhr Sporthalle zugetragen hat.

Auf einmal, auch hier in Mülheim an der Ruhr, die Eskalation einer Situation während eines Fußballspieles. Auf einmal hier bei uns Prügeleszenen zwischen Zuschauern und Spielern untereinander, was letztendlich zum Abbruch der Hallenmeisterschaft führen musste.

So haben wir uns das in Mülheim sicher nicht vorgestellt.

In Konsequenz daraus wird es notwendig sein, im sportlichen Bereich, hinsichtlich der Mannschaften, die daran beteiligt waren, richtige und notwendige Konsequenzen zu ziehen. Auch ist richtig, dass in diesem Fall, hinsichtlich der Beteiligung, konsequent durchgegriffen werden muss. Auch können wir uns alle gegenseitig unsere Betroffenheit versichern, aber, und das ist meine feste Überzeugung, schnelle Antworten zu diesem Problembereich der Gewalt werden wir nicht finden.

Wir haben in unserer Gesellschaft schlichtweg zur Kenntnis zu nehmen, dass sich eine Entwicklung abzeichnet, die ihre Ursprünge hat, nicht von selber kommt und die nicht durch noch so harte Bestrafung beseitigt werden kann. Die jetzt von der CDU ins Feld geführte Verschärfung des Jugendstrafrechtes, Verschärfung des Ausländerrechtes, wie Erziehungscamps sind nur weiße Salbe.

Bei aller Notwendigkeit von Strenge und Konsequenz, wofür die derzeitigen Regelungen des Jugendstrafrechtes völlig ausreichend sind, bei Fehlverhalten wird es mit uns Sozialdemokraten keine Modelle geben, die ein Brechen der Persönlichkeit, Erniedrigung und Missachtung der Menschenwürde zur Folge haben.

Wir reden nicht wie die, die die Jugendämter, wie das Landesjugendamt in Hessen, abschaffen, Mittel und Etats kürzen, Polizeistellen reduzieren, aber dann, wenn Landtagswahlen sind, lauthals auf dem Marktplatz stehen und nach mehr Schutz rufen, obwohl die eigenen Leibwächter direkt daneben stehen.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, bei aller notwendigen Strenge und Konsequenz, brauchen Jugendliche Zuwendung und Chancen.

Und pädagogische und zuwendungsvolle Arbeit ist Beziehungsarbeit, und diese Arbeit braucht Zeit, gut ausgebildetes Personal, und sie braucht Geld. Das Sparen an Kindern und Jugendlichen muss beendet werden, auch wenn es um die Themenbereiche Gewalt geht. Wir brauchen mehr Mittel für die Jugendhilfe.

Die aktuell populistisch geführte Wahlkampfdebatte hilft keinen Schritt weiter, ganz im Gegenteil. Ich kann hier nur den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland beipflichten, der öffentlich sagte, ich zitiere: „Ich kann nur hoffen, dass das gründlich daneben geht als Wahlkampfstrategie.“ Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

200 Jahre in Mülheim an der Ruhr, - ein Stadtjubiläum steht uns bevor. Und mit diesen läppischen 200 Jahren ist Mülheim an der Ruhr ja kein *altes* Mädchen, wie uns der Slogan weiß machen will, sondern eine vergleichsweise junge Stadt.

Ich wäre sehr froh, wenn es uns gelänge, gemeinsam unsere Stadt in diesem Jahr zu feiern, mit Veranstaltungen in allen Bereichen, in der Kultur, im Sport.

Alle Mülheimer Bürgerinnen und Bürger sollen daran teilhaben und sich erfreuen können, dass ihre Stadt 200 Jahre alt wird.

Ich bin dankbar und froh, über das große Engagement, das viele in die Vorbereitung zu diesem Stadtjubiläum einbringen.

Es wäre schön, wenn dieses Engagement für unseren Geist für das kommende Jahr beispielhaft wird.

Erst im September 2009 sind Kommunalwahlen.

Auch die Bundestagswahl wird nicht vorher stattfinden. Also haben wir doch die große Chance, dieses Stadtjubiläum 2008 gemeinsam zu nutzen, etwas für die Stadt zu tun. Vielleicht ein paar Gräben zuzuschütten, ein paar Brücken zu schlagen und gemeinsam Sinnvolles für die Stadt und ihre Menschen zu schaffen.

Lassen Sie uns gemeinsam etwas dafür tun, dass möglichst alle Menschen an dieser Freude teilhaben können. Auch die, die am Rande unserer Gesellschaft stehen und nicht so gut zurecht kommen.

Die Ränder, sehr geehrte Damen und Herren, sind es, auf die wir besonders zu achten haben.

Die Sozialdemokratische Partei jedenfalls wird dort zuerst sein, wo die Zukunft von Menschen bedroht und gefährdet ist. Das ist die Aufgabe der SPD. Eine Anbiederung findet dabei nicht statt. Wem das passt oder nicht, ist gleichgültig.

Auf die Rändern haben wir uns zu konzentrieren und was uns näher daran bringt, Menschen in die Mitte zu holen. Dies ist ein guter Dienst an unserer Stadt und an den Menschen, die in ihr leben. Und es ist vor allem auch ein Dienst an denen, die nach uns kommen.

Ich grüße Sie sehr herzlich zum neuen Jahr. Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen und Zufriedenheit.

Glückauf.